

# Sozialkonferenz des Kantons Zürich Jahresbericht 2025

<b>Sozialpolitische Aktivitäten</b>	<b>4</b>
<b>Vernehmlassungen/Empfehlungen</b>	<b>6</b>
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>7</b>
<b>Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien</b>	<b>8</b>
<b>Arbeitsgruppen</b>	<b>10</b>
<b>Delegationen</b>	<b>13</b>
<b>Kursangebot</b>	<b>15</b>
<b>Sommertagung 2025</b>	<b>16</b>
<b>Jahrestagung 2025</b>	<b>18</b>
<b>Organe/Finanzen</b>	<b>20</b>

---

## Editorial

### Geschätzte Mitglieder der Sozialkonferenz des Kantons Zürich Werte Leserinnen und Leser

Was macht ein erfolgreiches Jahr wirklich aus? Zusammenhalt? Mut zur Veränderung? Oder sind es die vielen kleinen Schritte, die uns vorwärtsbringen? Für die Sozialkonferenz des Kantons Zürich war es eine Kombination aller Faktoren.

An unserer Mitgliederversammlung im Juli haben wir einstimmig die Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028 unserer Organisation verabschiedet. Die Sommertagung stand im Zeichen des Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) mit dem ersten Versorgungskonzept, welches wir aus diversen Blickwinkeln betrachteten. Die Jahrestagung im November bescherte uns einen Rekord an Teilnehmenden: über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer liessen sich am Vormittag unter dem Titel «Zu gesund für eine IV-Rente, aber zu krank für den Arbeitsmarkt» über die Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsunfähigkeit und IV informieren und am Nachmittag gab es Referate und Ausführungen zum traurigerweise immer aktueller werdenden Thema der zunehmenden psychischen Belastung junger Menschen im System der sozialen Sicherheit.

Im aktuellen Jahresbericht finden Sie neben den oben erwähnten Themen auch Antworten und Lösungsansätze, welche wir auf die im vergangenen Jahr drängenden Fragen wie zum Beispiel zu den Geld- und Unterstützungsleistungen für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer, Schutzbedürftige und Asylsuchende oder auch zur Revision der SKOS-Richtlinien 2023–2027 und deren «Zwischenetappe» zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe als SoKo mit den Gemeinden, aber auch in Kooperation mit verschiedensten Akteuren wie dem Kanton, Verbänden oder Hilfswerken entwickeln konnten.

Weiter haben wir Vernehmlassungsvorschläge für unsere Mitgliedsgemeinden erarbeitet und uns auch selber an Vernehmlassungen beteiligt (unter anderem an der Parlamentarischen Initiative zur Entschlackung des Sozialhilfegesetzes) sowie an diversen Anhörungen in den parlamentarischen Kommissionen teilgenommen, wie zum Beispiel in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) zu einer parlamentarischen Initiative, welche die Obergrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden gesetzlich festlegen wollte oder in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).

Überschattet wurde unser erfolgreiches Jahr durch den traurigen und viel zu frühen Tod der langjährigen Amtschefin des Kantonalen Sozialamtes Andrea Lübberstedt. Wir pflegten mit ihr eine hervorragende Zusammenarbeit und sprechen den Hinterbliebenen unser tiefes Beileid aus. Rainer Linsbauer, der in dieser schweren Zeit Andreas Nachfolge angetreten hat, wünschen wir alles Gute und viel Freude an seiner neuen Aufgabe.

Zum Schluss danken wir allen, die in Zusammenarbeit mit der SoKo wichtige Beiträge zur Entwicklung der Sozialpolitik und -hilfe im Kanton Zürich geleistet haben herzlich.



Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli

Das Co-Präsidium der Sozialkonferenz Kanton Zürich  
**Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli**



## Sozialpolitische Aktivitäten

Im Berichtsjahr hat die Mitgliederversammlung die Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028 der Sozialkonferenz verabschiedet. Einer von vier Schwerpunkten ist die gemeinsame Weiterentwicklung der Zürcher Sozialpolitik, ein weiterer die Integration von Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten und ein dritter die Förderung der Selbstbestimmung. Ein Fokus liegt zudem auf der Weiterentwicklung der SoKo.

Zu den [Tätigkeitsschwerpunkten 2025–2028](#) der SoKo wurden zu den ersten drei der genannten Schwerpunkte folgende strategischen Ziele formuliert:

«Die **Sozialkonferenz** analysiert und benennt die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels und der Umweltsphären (z. B. rechtliche, wirtschaftliche Umwelt) auf Systeme der sozialen Sicherheit inkl. Sozialhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe sowie Altershilfe und den Kindes- und Erwachsenenschutz. Die Sozialkonferenz entwickelt gemeinsam mit anderen Akteuren der Zürcher Sozialpolitik Lösungsansätze und bringt sie in die politische Diskussion ein. Dies verbunden mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt im Kanton Zürich zu fördern. Die Sozialkonferenz setzt sich entschieden dafür ein, dass die der Sozialhilfe vorgelagerten Leistungen im System der sozialen Sicherheit gestärkt werden.»

«Die **Sozialkonferenz** setzt sich innerhalb und mit dem Kanton dafür ein, dass die ursprünglichen Ziele des Asylgesetzes auch bei sich rasch ändernden Rahmenbedingungen im Fokus stehen und erreicht werden. Die Sozialkonferenz setzt sich dafür ein, dass die Ziele der Integrationsagenda (IAS, IAZH) in allen Gemeinden des Kantons unterstützt und um umgesetzt werden. Die Sozialkonferenz unterstützt sinnvolle Rahmenbedingungen für die Gemeinden bezüglich ihrer Aufgaben im Asylbereich.»

«Die **Sozialkonferenz** wirkt bei der Weiterentwicklung der Förderung der Selbstbestimmung im Kanton Zürich mit.»



Im Rahmen der drei genannten Schwerpunkte werden in den Tätigkeitsschwerpunkten 2025–2028 einundzwanzig mögliche Handlungsfelder beschrieben. Im Jahr 2025 konnten bereits einige Massnahmen eingeleitet und/oder umgesetzt werden: So hat sich die SoKo z. B. im Mai, im Rahmen einer Anhörung in der kantonsrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG), entschieden für die

---

Umsetzung der Ziele aus dem Asylgesetz und gegen eine starre Obergrenze der Aufnahmequote von 1.0% ausgesprochen. Wichtig ist für die Sozialkonferenz der konsequente Vollzug der Neustrukturierung Asyl, wie er seit 2019 vorgesehen ist. Schweizweit haben die Stimmbürger damals mit 66,8% und im Kanton Zürich sogar mit rund 70% Ja-Stimmen für diese wichtige Neustrukturierung abgestimmt. Die Sozialkonferenz steht zur Verbundaufgabe Asyl über die drei Staatsebenen. Wichtig ist, dass der Bund für rasche Verfahren sorgt und dass bei den erweiterten Verfahren die betroffenen Menschen möglichst auf Kantons- und nicht auf Gemeindeebene untergebracht werden. In den Gemeinden sollen grundsätzlich nur Personen mit Bleiberecht begleitet werden, damit der Integrationsauftrag wahrgenommen werden kann.

Der Regierungsrat hat bereits im Jahr 2024 festgelegt, dass der Grundbedarf der Asylfürsorge/Asylsozialhilfe, mindestens 70% der einheimischen Bevölkerung bzw. des Grundbedarfs gemäss Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) beträgt. Die Sozialkonferenz begrüsst diesen Harmonisierungsschritt in der Asylfürsorgeverordnung (AfV), da sich die Sozialkonferenz seit Jahren für die Rechtsgleichheit in den 160 Gemeinden bezüglich Höhe der Geldleistungen einsetzt. Anfang 2025 wurden die damals noch getrennten SoKo-Empfehlungen für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsstatus F und für Asylsuchende mit Aufenthaltsstatus N sowie die Empfehlungen für Schutzbedürftige mit Schutzstatus S angepasst. Im Sommer 2025 wurden die SoKo-Empfehlungen, aufgrund div. Anregungen von Mitgliedern und Gemeinden sowie der Teuerungsanpassung, in einem neuen Empfehlungspapier für alle Status aus dem Asylbereich zusammengefasst (siehe auch «Vernehmlassungen/Empfehlungen»).

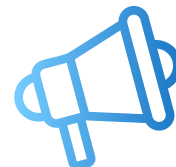
Das Thema Rückforderung der Versorgertaxen beschäftigte die SoKo im Berichtsjahr wesentlich weniger als in den Vorjahren. Die Gemeinden haben individuell entschieden, welchen Weg sie betreffend Rückforderungen mit dem Kanton beschreiten.

Ein grosses Thema war weiterhin die Umsetzung des Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG). Die Sommertagung widmete sich dem ersten Versorgungskonzept 2026–2029 (siehe auch Bericht zur Sommertagung). Zudem war die Sozialkonferenz wiederum in diverse Gremien rund um das KJG als Vertreterin der Anliegen aus den Gemeinden tätig.

Im Juli war die SoKo in der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) zu Gast. Sie wurde betreffend Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) bezüglich der frühen Kindheit eingeladen. Die SoKo äusserte sich u.a. dahingehend, dass die Vorlage insgesamt im Vergleich zum Vernehmlassungszeitpunkt (2022) – aus eigener und aus Sicht der Gemeinden/der SoKo – verschlechtert wurde, eine Kantonsbeteiligung von 50% an die KiTa's nötig wäre und es die SoKo sehr begrüsst, dass die behinderungsbedingten Mehrkosten vom Kanton übernommen werden sollen.

Auf nationaler Ebene wurde im Berichtsjahr der erste nationale Armutsmonitoringbericht inkl. den Vertiefungsthemen Bildung, Erwerbsarbeit und materielle Existenzsicherung veröffentlicht. Es soll nun als nächster Schritt eine nationale Armutsstrategie erarbeitet werden. Im Kanton Zürich ist im Rahmen der Neuorganisation der Sozialhilfestatistik und des Zürcher Sozialberichts auch eine Form eines kantonalen Armutsmonitorings angedacht. Die SoKo beteiligt sich daran in einer kantonalen Arbeitsgruppe zusammen mit dem statistischen Amt und dem kantonalen Sozialamt (KSA).

Ab 2027 wird die erste Kohorte aus der Ukraine, nach 5 Jahren, den bisherigen Status S abgeben und in die Sozialhilfe wechseln. Die SoKo hat deshalb das KSA gebeten eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden, um diesen Schritt frühzeitig zu planen.



---

## Vernehmlassungen/Empfehlungen

Auch 2025 erarbeitete die Sozialkonferenz diverse Vernehmlassungsantworten bzw. Stellungnahmen und veröffentlichte oder überarbeitete Empfehlungen zu mehreren Themenbereichen.

Per 1. Januar wurden die [Empfehlungen zu den Geldleistungen für vorläufig aufgenommene Ausländer/innen mit Aufenthaltsstatus F und Asylsuchende mit Aufenthaltsstatus N](#) sowie die [Empfehlungen zu den Unterstützungsleistungen für Schutzbedürftige mit Status S](#) überarbeitet.

Am 14. Januar folgte bereits die Vernehmlassung und die SoKo-Stellungnahme zur [Revision der SKOS-Richtlinien, Revisionszyklus 2023–2027, Etappe 2](#).

Per 1. April wurden die [Empfehlungen zu den individuellen Auslagen von Minderjährigen und jungen Erwachsenen bei Platzierungen in Familien- und Heimpflege nach KJG](#) angepasst (inkl. der Anpassungen an die Preis- und Lohnentwicklung).

Auf Wunsch der SoKo-Mitglieder bzw. Gemeinden wurden am 11. Juni die neuen [Empfehlungen zu Geldleistungen/Unterstützungsleistungen für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsstatus F, Schutzbedürftige mit Status S und Asylsuchende mit Status N](#) erstmals in einem Papier zusammengefasst, welches seit dem 1. Juli 2025 in Kraft ist.

Am 8. Juli folgte die [Vernehmlassungsantwort zur Parlamentarischen Initiative KR-Nr. 28/2024: Sozialhilfegesetz – Entschlackung durch Streichung der Pflicht zum Wechsel der Krankenkasse](#).

Am 23. Dezember nahm die Sozialkonferenz nochmals zur Revision der SKOS-Richtlinien 2023–2027 Stellung. Diesmal im Rahmen der Zwischenetappe mit dem Titel: [Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe](#).

---

### Öffentlichkeitsarbeit

Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich legt grossen Wert auf den regelmässigen Kontakt und Informationsaustausch mit ihren Mitgliedern sowie den wichtigen Entscheidungsträgerinnen und -trägern für sozialpolitische Themen. Sie informiert jeweils möglichst zeitnah und umfassend über ihre Tätigkeiten, beispielsweise auch über neue Vernehmlassungen und Empfehlungen in den aktuellen Themenbereichen. Im Jahr 2025 versendete die SoKo insgesamt zwölf Newsletter. Mit diesen wurden die rund 850 Newsletter-Empfängerinnen und -Empfänger mit den wichtigsten Informationen zu den aktuellen Entwicklungen und Themen rund um die Sozialhilfe und die Sozialpolitik versorgt. Ein weiterer, wichtiger Informationskanal ist die SoKo-Website [www.zh-sozialkonferenz.ch](http://www.zh-sozialkonferenz.ch), auf der auch laufend aktualisierte, nützliche Informationen und Empfehlungen für eine praktikable Umsetzung im Sozialwesen verfügbar sind. Für die Beantwortung von spezifischen Fragen können sich die SoKo-Mitglieder bei der Geschäftsstelle melden. Eine Dienstleistung, die auch im Berichtsjahr von den Sozialdiensten zu verschiedenen Themenbereichen genutzt wurde.

# 12

Newsletter versendete die  
SoKo 2025.

Mit diesen wurden  
die rund

# 850

Newsletter-Empfängerinnen und -Empfänger  
mit den wichtigsten Informationen zu den aktuellen  
Entwicklungen und Themen versorgt.



## Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien

Die SoKo schätzt die weiterhin sehr konstruktive Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheit und Soziales und deren Vorsteher, Regierungsrat Mario Fehr. Das Co-Präsidium pflegte mit ihm auch an SoKo-Anlässen einen regen Austausch.

Die sehr gute Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheit und Soziales wurde auch im Jahr 2025 aufrechterhalten. Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli vom Co-Präsidium diskutierten mit dem Sicherheitsdirektor Mario Fehr unter anderem wichtige Themen rund um die Asylsituation, die Empfehlungen der SoKo im Asylbereich, die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes und die Themen der beiden SoKo-Tagungen (siehe Beiträge zur Sommer- und Jahrestagung). Auch die SoKo-Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028 wurden mit ihm besprochen. Sehr geschätzt wird die seit Jahren treue und aktive Teilnahme von Regierungsrat Mario Fehr an der Jahrestagung in Winterthur.

Sehr traurig und kaum fassbar ist, dass die langjährige Amtschefin des Kantonalen Sozialamts (KSA) Andrea Lübberstedt – mit der das Co-Präsidium eine intensive Zusammenarbeit pflegte – im Berichtsjahr verstorben ist. In einem [Nachruf würdigte](#) das Co-Präsidium die Arbeit der ehemaligen Amtschefin. Sie hatte stets ein offenes Ohr für die Anliegen, Probleme und Freuden der Gemeinden und SoKo-Mitglieder. Dafür sind wir ihr sehr dankbar.

Rainer Linsbauer, ihr langjähriger Stellvertreter ist als neuer Amtschef des KSA tätig. Auch mit ihm pflegt das Co-Präsidium einen guten Kontakt und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit – auch in seiner neuen Funktion – mit ihm. Im Berichtsjahr war Rainer Linsbauer z. B. im Rahmen der Subkoordination Asyl und dem Thema Verwaltungskostenentschädigung im Bereich der Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜL) mit der SoKo im Austausch. Nadine Zimmermann, Abteilungsleiterin Öffentliche Sozialhilfe, engagiert sich seit Jahren als Vertreterin/Beisitzerin des KSA im Vorstand der SoKo und ist zudem sehr aktiv im Kurswesen der SoKo tätig. Mit Brigitte Köppel, Abteilungsleiterin Sozialversicherungen, traf sich die SoKo im Berichtsjahr bezüglich des Themas «Stärkung der Betreuung im Alter» (Anpassung der Zusatzleistungsverordnung) und auch für die Planung einer gemeinsamen Tagung des KSA, der



---

Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GeKo ZH) und der SoKo, die am 4. Juni 2026 durchgeführt wird.

Mit der Direktion des Innern und der Justiz (JI) und ihrer Vorseherin Regierungsrätin Jacqueline Fehr, wurde die gute Zusammenarbeit ebenfalls weiterhin gepflegt. Auch im Berichtsjahr waren es hauptsächlich Themen um die Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) und solche rund um die Integration – Stichworte: Kantonale Integrationsprogramme (KIP) und Integrationsagenda Kanton Zürich (IAZH) –, die im Zentrum standen. Mit Vittorio Jenni, Abteilungsleiter Gemeindefachrecht, Rolf Bieri von der KESB-Aufsicht und Nina Gilgen, Leiterin der Fachstelle Integration, fand jeweils themenspezifisch ein gewinnbringender Austausch statt. Rolf Bieri, bringt sich zudem aktiv als Beisitzer und Vertreter der KESB-Aufsicht im SoKo-Vorstand ein.

Nachdem das Co-Präsidium im Vorjahr den Kontakt mit den beiden neuen Amtsleitungen Hans Rupp, Amt für Arbeit (AFA), und Fabian Streiff, Amt für Wirtschaft (AWI), aufgenommen hatte, wurde im Berichtsjahr die Zusammenarbeit weiter gepflegt. Mit dem AFA war diese sehr intensiv, unter anderem im Rahmen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) und deren langjährigen Geschäftsstellenleiterin Yvonne Wechsler, sowie im Rahmen der Koordinationsgruppe Arbeitsintegration VA/Flü/S, in welcher sich auch Katharina Degen, Bereichsleiterin Kompetenzzentrum Arbeit des AFA, und diverse Vertretungen weiterer Akteure der Arbeitsintegration engagieren. Mit dem AWI war die Zusammenarbeit eher punktuell, vor allem bei Themen rund um Arbeitsbewilligungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich.

## Die intensive Zusammenarbeit mit dem Amt für Arbeit wurde fortgesetzt, unter anderem im Rahmen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) und der Koordinationsgruppe Arbeitsintegration (VA/Flü/S).

Die Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektorin Silvia Steiner wurde 2025 ebenfalls erfolgreich fortgesetzt. Im Berichtsjahr ging es vor allem um das Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Sehr geschätzt wurde die aktive Teilnahme von Regierungsrätin Silvia Steiner, Amtschef André Woodtli und dem Leiter Gesamtplanungsprozess/Leiter KJG-Evaluation Alexander Mestre an der Sommertagung mit dem Titel: «Drei Jahre Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG)/Versorgungskonzept 2026–2029». Die Zusammenarbeit mit Franziska Brägger, Leiterin Ergänzende Hilfen zur Erziehung, wurde ebenfalls gewinnbringend fortgesetzt.

Auch mit der Gesundheitsdirektion (GD) und der Sozialversicherungsanstalt (SVA) wurde die Zusammenarbeit aufrecht erhalten. Martin Schilt, Leiter der IV-Stelle, Mitglied der Geschäftsleitung der SVA Zürich und Präsident der IV-Stellenkonferenz (IVSK), pflegte den Austausch mit Delegierten aus dem Leitenden Ausschuss und wirkte aktiv an der Jahrestagung der SoKo (siehe Bericht zur Jahrestagung) mit. Zudem wurden mit der GD und der SVA auch in diesem Jahr wiederum wichtige Themen rund um die Prämienverbilligung (IPV), den KVG-Revisionsleitfaden, die IT-Tools, mögliche Vereinfachungen des KVG-Prozesses für Sozialhilfe und die neuen Prozesse betreffend Prämienübernahmen von vorläufig aufgenommenen Ausländern und Personen mit Schutzstatus S besprochen.



## Arbeitsgruppen

Die SoKo brachte sich im Berichtsjahr aktiv in Arbeitsgruppen rund um Themen im Asyl- und Ausländerwesen, beim Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) oder beim kantonalen Integrationsprogramm ein.

### **Arbeitsgruppen betreffend Asyl- und Ausländerwesen**

Auch im Jahr 2025 engagierte sich die SoKo wiederum in verschiedenen Arbeitsgruppen rund ums Thema Asyl- und Ausländerwesen.

Die Subkoordination Asyl traf sich monatlich zur Lagebeurteilung im Asylwesen. Unter der Leitung des kantonalen Sozialamts (KSA) koordinierten sich alle relevanten Akteure im Asylbereich. Von Gemeinde Seite her sind neben der Sozialkonferenz (SoKo) auch der Verband der Gemeindepräsidenten (GPV) und die beiden Grossstädte dabei. Von Seite Kanton nehmen die Polizei (u.a. mit Flughafen, Hauptbahnhof), das Amt für Militär und Zivilschutz usw. teil.

Die Arbeitsgruppe Roma und Status S, der neben der SoKo und dem kantonalen Sozialamt (KSA) auch Vertretungen von einzelnen Gemeinden und Schulen/Schulgemeinden, der kantonalen Fachstelle Integration (FI), dem Volksschulamt, der Kantonspolizei usw. angehören, konnte ihre Tätigkeit vorerst sistieren. Nach den erfolgreich eingeleiteten Massnahmen wie z.B. der Einrichtung einer Meldestelle beim KSA oder dem spezifischen Angebot der FI, ist es aktuell nicht mehr nötig Sitzungen auf dieser Stufe abzuhalten. Sollten sich neue Fragestellungen eröffnen, könnte die in Co-Leitung von KSA und SoKo geführte Arbeitsgruppe ihre Arbeit umgehend wieder aufnehmen.

Die Begleitgruppe Asyl- und Ausländerwesen traf sich unter der Führung der Sicherheitsdirektion zwei Mal im Berichtsjahr. Themen waren u.a. die Zuwanderung im Migrationsbereich, der Asylbereich, Themen rund um den Status S, der Wegweisungsvollzug, die Nothilfe, die Sicherheit, die Situation am Flughafen und die MNA (Mineurs non accompagnés; unbegleitete minderjährige Asylsuchende).

Ende Jahr hat die SoKo eine Arbeitsgruppe betreffend die Themen rund um die Situation der ersten Geflüchteten aus der Ukraine angeregt. Das kantonale Sozialamt hat umgehend Bereitschaft für die Bildung einer solchen Gruppe signalisiert. Es geht darum den Wechsel von der Asylfürsorge in die reguläre Sozialhilfe der ersteingereisten Kohorte aus der Ukraine, vorzubereiten und die Folgen für die Gemeinden konkreter abzuschätzen. Mit dem Wechsel in die Sozialhilfe fallen etliche Personen aus dem Aufnahmekontingent der Gemeinden, was zur Folge hat, dass die Gemeinden wieder neue Personen aufnehmen müssen und gleichzeitig Wohnraum fehlt.

### **Arbeitsgruppe EG KVG**

Im Rahmen der Arbeitsgruppe EG KVG hat sich Co Präsident Daniel Knöpfel gemeinsam mit zwei weiteren Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr zweimal mit Vertretungen der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) sowie der Sozialversicherungsanstalt Zürich (SVA) ausgetauscht. Im Zentrum standen Schnittstellenthemen zwischen den kantonalen Stellen und den kommunalen Sozialdiensten.

In beiden Treffen zeigte sich deutlich, dass alle Beteiligten ein starkes Interesse an einer Vereinfachung der Prozesse im Zusammenhang mit dem Krankenkassenversicherungsgesetz (KVG) und

---

der Sozialhilfe haben. Die Vertretungen der GD bestätigten, dass entsprechende Arbeiten aufgenommen wurden und derzeit Abklärungen laufen, die auf spürbare Vereinfachungen abzielen. Zwar konnte die GD im Berichtsjahr noch keine konkreten Vorschläge präsentieren, stellte jedoch in Aussicht, dass solche im Verlauf des Jahres 2026 vorliegen sollen.

Erfreulich ist, dass sich das Engagement der SoKo bezüglich der Verschiebung der Neukontierung der KVG-Prämien für vorläufig Aufgenommene sowie Personen mit Schutzstatus S ausgezahlt hat. Die Gemeinden erhielten dadurch ausreichend Zeit, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und per 1. Januar 2026 bereit zu sein. Zudem konnte eine Verlängerung der Vernehmlassungsfrist zum KVG-Leitfaden erreicht werden – auch wenn sich die SoKo eine umfassendere Überarbeitung gewünscht hätte.

**Ende Jahr hat die SoKo eine Arbeitsgruppe betreffend die Themen rund um die Situation der ersten Geflüchteten aus der Ukraine angeregt. Beim kantonalen Sozialamt stiess man damit auf grosses Interesse.**

#### **Begleitgremium Gesamtplanung KJG**

An zwei Sitzungen im Frühjahr stand thematisch das KJG-Versorgungskonzept 2026–2029 im Zentrum. Die Bildungsdirektion publizierte im März das erste Versorgungskonzept als Abschluss des ersten Zyklus der Gesamtplanung. Die Sozialkonferenz begrüsst die strategische Ausrichtung des Konzepts mit der Stärkung der Familienpflege und der angestrebten Präzisierung der Sozialpädagogischen Familienhilfe.

Die Sozialkonferenz vertrat wiederholt das Anliegen, dass die Massnahmen zur Förderung der Familienpflege, zur Unterbringung von Kleinstkindern in die Familienpflege und zur engeren Definition der SPF präziser und resoluter benannt und ausgestaltet werden müssen. Diese fachlichen Anliegen wurden von der Bildungsdirektion nicht aufgenommen, was die Sozialkonferenz, gerade auch im Hinblick auf die weiterhin stark steigenden Kosten, bedauert.

#### **Echogruppe KJG Evaluation**

Die Bildungsdirektion hat im Berichtsjahr das Projekt der KJG Gesetzesevaluation gestartet. Die Arbeiten werden von einer «Echo-gruppe» begleitet, in der auch die Sozialkonferenz vertreten ist. 2025 fanden zwei Sitzungen statt. Die Echogruppe konnte zum Konzept, den Fragestellungen und der Vorgehensweise der Evaluation Rückmeldungen geben.

Die Evaluation des KJG-Finanzierungsmodells (Gesamtkostenmodell) erfolgt durch die Firma «Interface» aus Luzern. Im Rahmen dieses Teils der Evaluation wurden bei insgesamt sechs Gemeinden und Städten Stichproben über die finanzielle Auswirkung der KJG-Einführung, inklusive Interviews mit Experten, durchgeführt. Die Sozialkonferenz hat sich stark für diese Evaluation eingesetzt und wurde punktuell bei der Konzeption der Stichproben beigezogen. Gemäss der Bildungsdirektion wird der Bericht im Frühjahr 2026 vorliegen und eine Grundlage sein für allfällige KJG-Gesetzesanpassungen.

---

### **Begleitgremium KIP**

Im Berichtsjahr übernahm SoKo-Vorstandsmitglied Pascal Scatolin die Aufgabe im Begleitgremium Kantonales Integrationsprogramm (KIP) von Daniel Knöpfli. Das Begleitgremium behandelte Schwerpunkte und der kantonale Massnahmenplan gegen Rassismus war ebenfalls in groben Zügen ein Thema. Er soll im Frühling 2026 vom Regierungsrat verabschiedet werden. Zudem wurde die Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus S gemäss bundesrätlichen Vorgaben besprochen und die Resultate des Monitoringberichts 2024 vorgestellt. Thema war auch das Pilotprojekt SPIRIT (zur Förderung der psychischen Gesundheit von Geflüchteten). Erste Schwerpunkte für KIP 4 wurden vorgestellt, welches über KIP 3 voraussichtlich um die Themen Frauenförderung, Bildung sowie Arbeitsmarktintegration erweitert wird. Auch der Schutzstatus S war immer wieder ein Thema. Im März 2027 werden viele Ukrainerinnen und Ukrainer seit fünf Jahren in der Schweiz leben. Die Klärung der Aufenthaltsregelung sollte im Interesse aller möglichst frühzeitig erfolgen.

### **KESB-Gemeinden**

Im Berichtsjahr fand erstmals seit dem Jahr 2012 kein Treffen der KESB-Trägerschaften statt. Dies aufgrund von zu wenigen Anmeldungen. Eine temporäre Arbeitsgruppe aus Vertretern der Trägerschaften der KESB, der Trägerschaften der Berufsbeistandschaften im Erwachsenenschutz (BBES), der KESB-Aufsicht des Gemeindeamts (GAZ) und der Sozialkonferenz (SoKo) setzte sich vertieft mit dem bisherigen Format der Veranstaltungen und möglichen zukünftigen Lösungen auseinander. Entschieden wurde, dass in Zukunft die Trägerschaften der KESB und der BBES gemeinsam zu Treffen eingeladen werden. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass der Fokus aktuell und zukünftig, neben den KESB-Trägerschaften auch vermehrt auf die Trägerschaften der Berufsbeistandschaften gerichtet wird. Unter anderem auch aufgrund der KOKES-Empfehlungen für die Organisation von Berufsbeistandschaften sowie der aktuellen EG KESR-Revision.

Über Jahre hat Esther Studer, KESB-Präsidentin der KESB Dietikon, die KESB-Präsidienvereinigung im Kanton Zürich (KPV) als Beisitzerin im Vorstand der SoKo vertreten. Im Berichtsjahr ist sie von ihrem Engagement in der SoKo zurückgetreten. Ihr Nachfolger ist Ruedi Winet, der als neuer Geschäftsführer der KPV diese im SoKo-Vorstand vertritt. Ruedi Winet war der erste und langjährige Präsident der KESB im Bezirk Pfäffikon. Wir danken Esther Studer herzlich für ihren Einsatz für die SoKo und freuen uns über die zukünftige Zusammenarbeit mit Ruedi Winet.



## Delegationen

Die SoKo pflegte auch im Berichtsjahr den Austausch in und mit externen Organisationen und Kommissionen, um sich aktiv bei der Diskussion über relevante Themen einzubringen.

### **Stiftung Chance**

Das Jahr 2025 stand bei der Stiftung Chance ganz im Zeichen des 30-Jahr-Jubiläums. Höhepunkt der Feierlichkeiten war der Jubiläumsanlass vom 31. Oktober in der Giesserei Oerlikon, an dem die Stiftung gemeinsam mit Gemeinden, Kundinnen und Kunden, Lieferanten, Mitarbeitenden sowie Freundinnen und Freunden auf drei bewegte Jahrzehnte zurückblickte – inklusive einiger spannender Anekdoten von der Gabriela Winkler, Präsidentin des Stiftungsrates, sowie Stefan Kuchelmeister, dem ersten Geschäftsführer der Stiftung Chance.

Im Berichtsjahr standen die Angebote Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie Erwachsenen mit und ohne Fluchthintergrund offen. Im Fokus standen individuelle Lösungen, die an den Stärken, Ressourcen und Potenzialen der Teilnehmenden anknüpften. Die umgesetzten Programme und Massnahmen eröffneten neue Perspektiven, stärkten individuelle Kompetenzen und schufen nachhaltige Chancen für die berufliche Integration.

Trotz der spürbaren Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr, blieben die Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt auf einem hohen Niveau. Mit einer gezielten, bedarfsgerechten und wirkungsvollen Unterstützung gelang es vielen Teilnehmenden, den Einstieg oder den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erfolgreich zu realisieren.

### **Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKo ZH)**

Im Berichtsjahr erzielte die GeKoZH wichtige Verbesserungen zur Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex-Organisationen. In einem Grundlagenbericht zeigte sie auf, dass pflegende Angehörige einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung leisten, jedoch erhebliche Fehlanreize zur Gewinnabschöpfung durch Spitex-Organisationen bestehen und Qualitätsanforderungen zum Schutz der Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen fehlen. Im August 2025 hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich die wesentlichen Anliegen der GeKoZH aufgenommen und wichtige Massnahmen beschlossen.

2025 hat die GeKoZH zudem wichtige Vorarbeit zur Verbesserung der Situation im Bereich der ambulanten Pflegefinanzierung geleistet. Mit einer Analyse auf der Basis des «Controllings Pflegebeiträge» der Stadt Zürich belegte sie, dass sich die meisten geprüften Spitex-Firmen nicht an die verbindlichen kantonalen Vorgaben zur Berechnung der Pflegekosten halten. Die Zürcher Gemeinden zahlen damit Pflegebeiträge, die sich an fehler- und lückenhaften Normkosten orientieren und tendenziell zu hoch sind. Um rasch systemweite Verbesserungen herbeizuführen, arbeitet die GeKoZH intensiv mit dem Amt für Gesundheit des Kantons Zürich an den notwendigen Massnahmen.

---

Für den Umgang mit Spitex-Einzelrechnungen wurden gemeinsam geeignete Praxisinstrumente entwickelt. Beim kantonalen Projekt der Pflegeheimbettenplanung hat sich die GeKoZH sowohl bei der Vernehmlassung als auch im Rahmen des jährlichen Vernetzungsanlasses eingebraucht.

### **Kommission für Behindertenfragen**

Die beratende Kommission des Regierungsrates traf sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen. Sie begleitet die Umsetzung des per 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Selbstbestimmungsgesetzes (SLBG) basierend auf den gemachten Erfahrungen mit dem neuen System. Sie stellt die Partizipation von Betroffenen sicher und setzt sich mit übergeordneten Trends und Entwicklungen auseinander. In Zusammenarbeit mit der ZHAW wurde der Aktionsplan Behindertenrechte 2022–2025 evaluiert. Dabei wurde auf den gleichwertigen Einbezug von Menschen mit Behinderungen und der Verwaltung geachtet. Auf der Grundlage einer durch die Koordinationsstelle Behindertenrechte erstellten GAP-Analyse, wird die zukünftige Massnahmenentwicklung in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Direktionen, der Staatskanzlei sowie den Vertretungen von Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Ziel ist es, ein kantonales Arbeitsinstrument zu entwickeln, das die kontinuierliche und systematische Umsetzung der UNO-BRK sicherstellt.



## Kursangebot der SoKo

Die Kursauslastung im Jahr 2025 war insgesamt sehr erfreulich. Sie zeigt deutlich, dass das Weiterbildungsangebot die Bedürfnisse der Gemeinden sowie der Fachpersonen im sozialen Bereich gut trifft. Die Herausforderungen in diesem Feld bleiben hoch und die Sozialkonferenz leistet mit ihrem Kursangebot einen wichtigen Beitrag zur gezielten Unterstützung. Besonders wertvoll ist dabei, dass die Kursleiterinnen und Kursleiter mehrheitlich aus der Praxis stammen und ihre fundierten Fachkenntnisse direkt einbringen. Nur wenige Kurse mussten aufgrund zu geringer Anmeldezahlen abgesagt werden; der überwiegende Teil konnte mit einer erfreulich hohen Teilnehmendenzahl durchgeführt werden.

Im Jahr 2025 wurden die neuen Kurse für das Jahr 2026 früher als in den Vorjahren festgelegt, nämlich bereits im Sommer. Dadurch konnten die meisten Kurse für 2026 schon kurz nach den Sommerferien ausgeschrieben werden. Gleichzeitig bleibt die AG Weiterbildung flexibel, um auf aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen reagieren zu können – sei es durch zusätzliche Kursangebote oder durch kurzfristig organisierte «Infofenster», ein Online-Format zu aktuellen Themen.

Das Weiterbildungskonzept wurde überarbeitet und neu ausgerichtet, sodass es als tragfähige Grundlage für die kommenden Jahre dient. Zudem beschloss der Vorstand, die Teilnehmendengebühren für die Kurse ab 2026 moderat zu erhöhen. Damit soll zusätzlicher finanzieller Spielraum geschaffen werden, um neue Kurse oder Angebote mit geringeren Teilnehmendenzahlen zu ermöglichen.

Die AG Weiterbildung trat im Jahr 2025 zu drei Sitzungen zusammen. Ergänzend dazu fanden mehrere Austauschgespräche mit der Federas Beratung AG statt, in denen Optimierungsmöglichkeiten in den jeweiligen Aufgabenbereichen diskutiert wurden.

An der letzten Sitzung im Jahr 2025 hat Susanne Friedrich ihre Aufgabe an Pascal Scattolin übergeben. Ab 2026 wird Pascal Scattolin die Leitung der Arbeitsgruppe übernehmen und als Bindeglied zwischen dem Leitenden Ausschuss der Soko und der AG Weiterbildung fungieren.



## Sommertagung 2025

An der Sommertagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich vom 3. Juli 2025 im Kirchengemeindehaus in Zürich-Altstetten stand das «Versorgungskonzept 2026–2029» im Rahmen des Zürcher Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) im Zentrum. Rund 120 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Fachorganisationen und der Verwaltung erhielten aktuelle Informationen aus verschiedenen Blickwinkeln zum Konzept.

Am 3. Juli 2025 konnte Co-Präsidentin Corinne Hoss-Blatter im Anschluss an die Mitgliederversammlung rund 120 Vertreterinnen und Vertreter von Sozialbehörden, Fachorganisationen und Sozialdiensten zur Sommertagung begrüßen. An der durch Co-Präsident Daniel Knöpfli moderierten Tagung wurde wiederum ein spezieller Fokus auf ein aktuelles Thema gelegt: das «Versorgungskonzept 2026–2029», das im Rahmen der Gesamtplanung des Zürcher Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) die künftigen ergänzenden Hilfen zur Erziehung regelt.



Die Teilnehmenden kamen dabei in den Genuss von fünf Referaten zu diesem Thema, in denen das Versorgungskonzept und dessen Auswirkungen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und näher vorgestellt wurde. Regierungsrätin Silvia Steiner, Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, eröffnete die Sommertagung mit einer politischen Standortbestimmung zur strategischen Bedeutung des neuen Versorgungskonzepts aus Sicht des Kantons. Danach erläuterte Alexander Mestre, Leiter Gesamtplanung und Evaluation beim Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB), die Herleitung der Eckwert des Konzepts, wie der Beteiligungsprozess vonstattenging und die diesbezüglichen gesetzlich verankerten Steuerungsverantwortlichkeiten der Bildungsdirektion.

Prof. Dr. Thomas Gabriel vom Institut für Kindheit, Jugend und Familie der ZHAW beleuchtete das neue Versorgungskonzept in seinem Referat aus methodisch-wissenschaftlicher Sicht. Einen praxisnahen Blick auf die Stärkung der Familienpflege warf Franziska Beer, Co-Präsidentin des Fachverbands DAF Pflegekind. Abgeschlossen wurde der spannende und informative Referat-Reigen von Urs Gröbli, Mitglied des Leitenden Ausschusses der SoKo und Leiter Gesellschaft Illnau-Effretikon. Er ordnete das Konzept aus Sicht der Gemeinden ein, die das neue Versorgungskonzept mehrheitlich finanzieren.

Die Podiumsdiskussionsrunde mit Regierungsrätin Silvia Steiner, AJB-Amtschef André Woodtli sowie sämtlichen Referierenden, bot Raum für Fragen und vertiefte Einblicke in die Umsetzung des Versorgungskonzepts. Beim anschliessenden Apéro wurden die Diskussionen angeregt weitergeführt. Die SoKo dankt allen Beteiligten und Teilnehmenden für ihr Interesse an der Sommertagung und die konstruktiven Beiträge. Es war wiederum ein gelungener Anlass, der für den Austausch unverzichtbar ist.





## Jahrestagung 2025

An der Jahrestagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich vom 20. November 2025 tauschten sich in Winterthur rund 250 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinde-, Stadt- und Sozialbehörden, Bezirksräte sowie Fachpersonen zu aktuellen sozialpolitischen Themen aus.

Die Jahrestagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich fand 2025 wiederum im Kulturzentrum Alte Kaserne in Winterthur statt. Rund 250 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, Städten, Sozialbehörden und Bezirksräten sowie zahlreiche Fachpersonen aus dem Sozialbereich folgten der Einladung der SoKo.

Der Vormittag widmete sich der Frage, wie Menschen, die «zu gesund für eine IV-Rente, aber zu krank für den Arbeitsmarkt» sind, in bestehenden Systemen unterstützt werden können. Nach der Begrüssung durch das Co-Präsidium der SoKo – Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli – und einer fachlichen Einführung durch den Co-Präsidenten, beleuchteten kompetente Fachpersonen Themen wie (Teil-)Arbeitsunfähigkeit, psychische Probleme/Erkrankungen und Sozialhilfebezug an den Nahtstellen zwischen Sozialhilfe, Arbeitsintegration und IV aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

[Nadine Zimmermann vom kantonalen Sozialamt \(KSA\) zeigte in ihrem Referat](#) auf, wie die Sozialhilfe häufig zu einem Netz zwischen «Stühlen und Bänken» wird. [Martin Schilt, Leiter der IV-Stelle SVA Zürich und Präsident der IVSK, gab Einblicke](#) in die beruflichen Perspektiven junger Menschen mit psychischen Erkrankungen. [Markus Baumann, Leiter Fachstelle Arbeitsintegration der Stadt Dietikon, und die stellvertretende Leiterin Vanessa Cereghetti, stellten den Ansatz «First place, then train»](#) aus der Arbeitsintegration vor, gefolgt von einem [Referat von Thomas Michel, Abteilungsleiter Soziales Stadt Biel](#), über strukturelle Herausforderungen und innovative Lösungswege der Stadt Biel.

Mit einem spannenden Panelgespräch, moderiert von Daniel Knöpfli und ergänzt durch eine fachliche Zusammenfassung auch aus der Perspektive der [Interinstitutionellen Zusammenarbeit \(IIZ\)](#) von Filomena Fabio, Stv. Leiterin Geschäftsstelle IIZ, wurde der Vormittag abgeschlossen.

Am Nachmittag stand das Thema «Psychische Erkrankungen junger Menschen im System der Sozialen Sicherheit» im Fokus. Zu Beginn des Nachmittags zeigten Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli anhand von aktuellen Statistiken auf, wie viele Menschen in der Schweiz von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Die Zunahme von Lehrabbrüchen und IV-Renten bei jungen Menschen sowie die komplexen Übergänge zwischen Schule, Arbeit/Studium (Übergang I und II) sowie die Nahtstellen zu Medizin und Sozialwesen wurden aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

[Dr. phil. Niklas Baer von WorkMed, Zentrum Arbeit und psychische Gesundheit, gab Einblicke](#) in Herausforderungen und Potenziale beim Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt. Dr. med. Kurt Albermann, Chefarzt SPZ am Kantonsspital Winterthur, zeigte medizinische Sichtweisen zur Schnittstelle zwischen Psychiatrie und Sozialsystem auf. Ergänzt wurden die spannenden Referate durch Inputs von [Matthias Fuszenecker, Leiter Netz 2, und Pia Labruyère, Leiterin Über18, von der kantonalen Bildungsdirektion zu Unterstützungsangeboten](#) im Übergang ins Erwachsenenleben (Übergang I

und II) sowie einem Überblick über [aktuelle Entwicklungen in den SKOS-Richtlinien und was diese den jungen Menschen bringen, erfolgte durch SKOS-Präsident Christoph Eymann.](#)

Regierungsrat Mario Fehr informierte über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen und nahm zudem an der abschliessenden Podiumsdiskussion teil, gemeinsam mit weiteren Expertinnen und Experten aus der Praxis und der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ).

Die Jahrestagung 2025 bot erneut wertvolle Denkanstösse und Raum für den Austausch zwischen Behörden, Fachpersonen und Institutionen. Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich dankt allen Referierenden und Teilnehmenden herzlich für ihr Engagement und den anregenden Austausch.





## Organe/Finanzen

### Mitgliederversammlung 2025

An der Mitgliederversammlung vom 3. Juli 2025 im Kirchgemeindehaus Zürich-Altstetten standen nebst den statutarischen Geschäften die die Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028 im Zentrum (siehe Seite 4 «Sozialpolitische Aktivitäten»). Co-Präsidentin Corinne Hoss-Blatter führte durch die Versammlung und begrüsst 54 stimmberechtigte Mitglieder. Diese stimmten dem letztjährigen Protokoll, der Jahresrechnung, dem Jahresbericht 2024 sowie den Tätigkeitsschwerpunkten 2025–2028 ohne Gegenstimmen zu. Nach Art. 8 Ziff. 2 der Verbandsstatuten steht jedem Bezirk ein Sitz im Vorstand zu. Ronald Alder, Vertreter Bezirk Affoltern, ist im Herbst 2024 aus dem Gremium zurückgetreten. Der Bezirk hat als seinen Nachfolger Felix Führer gemeldet. Er nahm seit Dezember 2024 Einsitz im Vorstand und wurde einstimmig gewählt. Die SoKo-Co-Präsidentin schloss die Mitgliederversammlung mit einem Dank an die Mitglieder für die Unterstützung und das Vertrauen.

### Finanzen

Die Jahresrechnung 2025 schliesst mit einem Gewinn von CHF 16'169.04 ab. Budgetiert war ein Gewinn von CHF 4'300, im Vorjahr resultierte ein Gewinn von CHF 41'256.63. Dem Aufwand von CHF 388'429.96 (Vorjahr CHF 352'847.12) steht ein Ertrag von CHF 404'599.00 (Vorjahr CHF 394'103.75) gegenüber. Der Gewinn wird dem Vereinskonto gutgeschrieben. Dieses beträgt per 31.12.2025 CHF 89'476.30. Der positive Rechnungsabschluss ist insbesondere dem ausserordentlichen Staatsbeitrag des kantonalen Sozialamts (KSA) zu verdanken. Er ist mit CHF 65'000 um CHF 15'000 höher ausgefallen, als die Garantien CHF 50'000. Ebenfalls einen Mehrertrag wird bei den Tagungen ausgewiesen. Auf eine externe Moderation wurde verzichtet, die Anzahl der Teilnehmenden verzeichnete einen neuen Rekord und die Stadt Winterthur sponsorte den Apéro.

Beim Kurswesen zeigen sich sowohl ertrags- als auch aufwandseitig die grössten Abweichungen, da das Kursangebot nach Budgetgenehmigung noch erweitert und neue Kurse konzipiert wurden. Die Auflösung einer älteren Rückstellung von CHF 6'002.09 sowie die Kursraumkosten des 4. Quartals 2024 von CHF 6'305.45, die erst im März 2025 verrechnet und nicht abgegrenzt worden waren, gleichen sich gegenseitig aus. Das Kurswesen weist ein Gewinn von CHF 321.67 aus.

Der Aufwand der Geschäftsstelle hat sich analog den Vorjahren stabil bei rund CHF 120'000 eingependelt. Der Aufwand für die Treuhandlungen der Geschäftsstelle war höher als budgetiert. Der Richtwert liegt neu bei CHF 15'000, dies wegen des erhöhten Kursangebotes.

Das Ziel, die Erfolgsrechnung wieder ausgeglichen zu gestalten und das Kapital nicht weiter zu reduzieren wird erreicht.

### Vorstandssitzungen

Der SoKo-Vorstand tagte in der Berichtsperiode vier Mal, der Leitende Ausschuss (LA) sechs Mal. Eines der wichtigen Themen war in beiden Gremien die Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028. Zudem wurden unter anderem die Asylfürsorge, die Gesamtplanung KJG, die Strategie AFA 2030 und Konsolidierung der RAV-Standorte sowie die Revision EG KESR verbunden mit der Perimeter-Anpassung an die KESB-Kreise eingehend diskutiert.

Im Frühling 2025 gab Raphael Golta zum Bedauern des Vorstands seinen Rücktritt aus dem LA bekannt. Er bleibt aber als Vertreter des Bezirks Zürich weiterhin Vorstandsmitglied. Aus dem Beisitz im SoKo-Vorstand verabschiedet hat sich im Sommer 2025 Marianne Hostettler, Delegierte der Gesundheitskonferenz (GeKo). Eine neue GeKo-Delegation wurde bis Ende 2025 nicht gemeldet.

Im Zusammenhang mit der Budgetgenehmigung 2026 stimmt der Vorstand einer leichten Erhöhung der Kurskosten zu, nachdem der LA das überarbeitete Kurskonzept 2025 genehmigt hatte. Die SoKo-Kurse stossen insgesamt auf reges Interesse und sind sehr gut besucht.

Der Arbeitslast im Leitenden Ausschuss ist weiterhin hoch. Es wird für 2026 in Erwägung gezogen, das Gremium mit weiteren Fachpersonen zu ergänzen, um die vielen Themen besser auf die einzelnen Mitglieder verteilen zu können.

## Vorstand

**Corinne Hoss-Blatter** Co-Präsidentin\*  
**Daniel Knöpfli** Co-Präsident\*  
**Philipp Müller** Vizepräsident, Vertreter Bezirk Dietikon\*  
**Susanne Friedrich** Quästorin, Vertreterin Bezirk Andelfingen\*  
**Angela Baumann** Fachperson Stadt Winterthur  
**Gerd Bolliger** Fachperson Gemeinde Opfikon  
**Frauke Böni** Vertreterin Bezirk Bülach\*  
**Claudia Bühlmann** Vertreterin Bezirk Horgen  
**Anja Buis** Fachperson Stadt Uster\*  
**Björn Callensten** Vertreter Private Institutionen  
**Manfred Dachs** Fachperson Stadt Zürich  
**Claude Dougoud** Vertreter Bezirk Uster  
**Felix Fürer** Vertreter Bezirk Affoltern  
**Nicolas Galladé** Vertreter Bezirk Winterthur  
**Raphael Golta** Vertreter Bezirk Zürich\* (im LA bis Frühling)  
**Urs Gröbli** Fachperson Stadt Illnau-Effretikon\*  
**Stephan König** Vertreter Bezirk Dielsdorf  
**Emy Lalli** Vertreterin Bezirk Zürich  
**Markus Morger** Fachperson Stadt Wädenswil (bis Ende 2025)  
**Thomas Pally** Vertreter Bezirk Meilen  
**Sandra Reinli** Vertreterin Bezirk Winterthur Land  
**Pascal Scattolin** Fachperson Regionale Sozialdienste\*  
**Sylvia Veraguth Bamert** Vertreterin Bezirk Hinwil  
**Sandra Walther** Fachperson Stadt Dietikon  
**Clemens Wangler** Vertreter Bezirk Pfäffikon

\* Mitglieder des Leitenden Ausschusses

## Beisitzende im Vorstand

**Rolf Bieri** Gemeindeamt (GAZ), KESB-Aufsicht  
**Mark Eberli** Verband der Gemeindepräsidien (GPV)  
**Marianne Hostettler** Delegierte Gesundheitskonferenz (GeKo), bis Sommer  
**Esther Studer** KESB-Präsidien-Vereinigung (KPV) bis Sommer  
**Ruedi Winet**, Geschäftsstelle KPV, ab Sommer  
**Frank Wittmann** ZHAW, Soziale Arbeit  
**Nadine Zimmermann** Sozialamt Kanton Zürich (KSA)

Das AJB delegiert themenbezogen verschiedene Fachpersonen in den Vorstand.

## Revisoren

**Patric Eisele** Bezirk Andelfingen  
**Remo Moser** Bezirk Horgen

## Geschäftsstelle

**Daniel Knöpfli** Leitung  
**Jan Speck** Fachperson  
**Patricia Forrer** Fachperson  
**Melanie Klingler** Administration

## Sekretariat

Federas Beratung AG, Zürich  
**Karin Gautier** Leitung  
**Katarina Jankovic** Administration  
**Daniela Heinzmann** Buchhaltung  
**Martin Mächler** Kommunikation

## Impressum

Herausgeberin  
Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktionskommission  
Vorstand der Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktion  
Sekretariat Sozialkonferenz Kanton Zürich

Gestaltung  
[www.green-design.ch](http://www.green-design.ch)

Redaktionsadresse  
Sozialkonferenz des Kantons Zürich Sekretariat  
Affolternstrasse 52  
8050 Zürich  
Tel.: +41 44 388 71 93  
[sekretariat@zh-sozialkonferenz.ch](mailto:sekretariat@zh-sozialkonferenz.ch)  
[www.zh-sozialkonferenz.ch](http://www.zh-sozialkonferenz.ch)

